

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 124-1 vom 3. Oktober 2021

Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2021 in Halle/Saale:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Herren Präsidenten des Bundestages, des Bundesrates und des Bundesverfassungsgerichtes,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundeskabinett und den Parlamenten,
Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen,

unser Nationalfeiertag, dieser Tag der Deutschen Einheit, geht nicht auf ein Ereignis weit vor unserer Zeit tief in unserer Geschichte zurück. Vielmehr erinnert er an etwas, das die meisten von uns bewusst miterlebt haben und das heute vor 31 Jahren unser Leben verändert hat. Der 3. Oktober 1990 steht für die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit. Diese Freiheit brach nicht einfach über uns herein, diese Freiheit wurde errungen. Das Land, das wir heute als wiedervereinigtes feiern, konnte werden, weil es Menschen in der DDR gab, die für ihre Rechte, für ihre Freiheit, für eine andere Gesellschaft alles riskiert haben.

Wir stehen in der Schuld derer, die so viel gewagt haben, die mutig, hoffungsvoll auf die Straße gegangen sind. Wir dürfen nie vergessen, dass es auch anders hätte ausgehen können. Wer damals aufstand, wer für die demokratischen Rechte sprach und demonstrierte, konnte nicht sicher sein, dass es sich lohnen würde, dass die Revolution gelingen würde, dass es nicht bitter bestraft würde. Das ist wahrhaftiger Mut.

Auch dürfen wir nie vergessen, dass die Einheit Deutschlands ohne das Engagement unserer Nachbarn in Mittel- und Osteuropa undenkbar wäre. Ob in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei – überall gab es Menschen, die mit ihrem Einsatz für Freiheit und demokratische Mitbestimmung die Teilung Europas überwandern. Dieser gemeinsame Einsatz führte auch dazu, dass auch die damalige Sowjetunion die Überwindung des Kalten Krieges geschehen ließ.

Unvergessen bleibt die Unterstützung unserer Partner im Westen – allen voran der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und Großbritanniens. Sie brachten einem wiedervereinigten Deutschland ein keineswegs selbstverständliches Vertrauen entgegen. Dieses Vertrauen war über Jahrzehnte aufgebaut worden – zuvorderst von Staatsmännern wie Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl; und in dieser Stadt will ich auch Hans-Dietrich Genscher nennen.

Die Früchte all dieser Anstrengungen, die Chancen, die mit unserer demokratischen Freiheit in unserem wiedervereinigten Land einhergehen, dürfen wir heute genießen.

Für mich persönlich, die ich die Erfahrung der Mauer, der SED-Diktatur, der Angst vor dem Bespitzelungsapparat der Staatssicherheit, der Unfreiheit und Enge noch kenne, sind das Ende der Teilung und die Demokratie immer noch und immer wieder etwas Besonders – und zwar weil ich weiß, dass sie errungen wurden und nicht zuletzt weil man die Demokratie auch leben, ausfüllen, schützen muss. Sie braucht uns so, wie wir sie brauchen. Demokratie ist nicht einfach da, sondern wir müssen immer wieder für sie miteinander arbeiten, jeden Tag.

Manchmal jedoch, so fürchte ich, gehen wir mit den demokratischen Errungenschaften etwas zu leichtfertig um, als müssten wir nichts für sie tun, als ob sie sich von Generation zu Generation ganz selbstverständlich weitergeben ließen.

Wir erleben aber in dieser Zeit zusehends Angriffe auf so hohe Güter wie die Pressefreiheit. Wir erleben eine Öffentlichkeit, in der demagogisch mit Lügen und Desinformation Ressentiments und Hass geschürt werden, ohne Hemmung und ohne Scham. Da werden nicht nur einzelne Personen oder Gruppen diffamiert, da werden nicht nur Menschen angegriffen wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihres Glaubens –

da wird die Demokratie angegriffen. Nicht weniger als unser gesellschaftlicher Zusammenhalt steht deshalb auf dem Prüfstand.

Erschütternd sind auch die vermehrten Anfeindungen von Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen – ob Feuerwehrleute, Rettungssanitäter oder Kommunalpolitiker. Die verbale Verrohung und Radikalisierung, die da zu erleben sind, dürfen nicht nur von denen beantwortet werden, die ihr zum Opfer fallen, sondern müssen von allen zurückgewiesen werden. Denn allzu schnell münden verbale Attacken in Gewalt – so wie es die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge hier in Halle, das Attentat von Hanau oder die Ermordung eines 20-jährigen Tankstellenmitarbeiters in Idar-Oberstein zeigten. Soweit darf es gar nicht erst kommen.

Deshalb müssen wir uns an einem Tag wie heute auch ehrlich fragen, wie wir miteinander umgehen, wie viel wechselseitigen Respekt wir vermitteln und wie wir die Demokratie vor denen schützen, die sie missachten, die sie verachten. Vorurteilen und Unwissenheit können wir entgegenwirken – durch die Bereitschaft, offen für andere und ihre Ansichten und Erfahrungen zu sein. Das ist das Besondere einer Demokratie: dass sie individuelle Überzeugungen und Lebensentwürfe zulässt und schützt. Wir dürfen verschieden sein, wir dürfen unsere Vorstellungen vom Glück so entwickeln, wie es uns guttut, solange das auf dem Boden unserer grundgesetzlichen Ordnung geschieht. Vielfalt und Unterschiede sind keine Gefahr für die Demokratie; ganz im Gegenteil. Vielfalt und Unterschiede sind Ausdruck gelebter Freiheit. Erst recht gilt das für unser wiedervereinigtes Land mit all den bis 1990 durch die Teilung erzwungenen so unterschiedlichen Lebenswegen der Menschen in Ost und West.

Doch ganz ehrlich, ganz so einfach ist es häufig nicht. Müssen nicht Menschen meiner Generation und Herkunft aus der DDR die Zugehörigkeit zu unserem wiedervereinigten Land auch nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit gleichsam immer wieder neu beweisen, so als sei die Vorgeschichte, also das Leben in der DDR, irgendwie eine Art Zumutung?

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel aus meinem Leben erzählen. In einem Ende letzten Jahres von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben Buch mit vielen Beiträgen und Positionen zur Geschichte der CDU heißt es in einem der dort veröffentlichten

Aufsätze über mich: „Sie, die als Fünfunddreißigjährige mit dem Ballast ihrer DDR-Biographie in den Wendetagen zur CDU kam, konnte natürlich kein ‚von der Pike auf‘ sozialisiertes CDU-Gewächs altbundesrepublikanischer Prägung sein.“

Die DDR-Biografie, also eine persönliche Lebensgeschichte von in meinem Fall 35 Jahren in einem Staat der Diktatur und Repression – „Ballast“? Dem Duden nach also eine „schwere Last, die“ – in der Regel – „als Fracht von geringem Wert zum Gewichtsausgleich mitgeführt wird“ oder als „unnütze Last, überflüssige Bürde“ abgeworfen werden kann? – Das war der Duden.

Ich erzähle das hier nicht, um mich zu beklagen. Denn ich bin nun wirklich die Letzte, die Grund hätte, sich zu beklagen – so viel Glück, wie mir persönlich in meinem Leben beschieden ist. Ich erzähle es auch nicht als Bundeskanzlerin. Ich möchte es vielmehr als Bürgerin aus dem Osten erzählen, als eine von gut 16 Millionen Menschen, die in der DDR ein Leben gelebt haben, die mit dieser Lebensgeschichte in die Deutsche Einheit gegangen waren und solche Bewertungen immer wieder erleben – und zwar als zähle dieses Leben vor der Deutschen Einheit nicht wirklich. Ballast eben, bestenfalls zum Gewichtsausgleich tauglich, im Grunde aber als unnütze Last abzuwerfen. Ganz gleich, welche guten und schlechten Erfahrungen man mitbrachte: Ballast.

Bis heute – davon bin ich überzeugt – wird zu wenig gesehen, dass die Wiedervereinigung für die allermeisten Menschen in Westdeutschland im Wesentlichen bedeutete, dass es weiterging wie zuvor, während sich für uns Ostdeutsche fast alles veränderte: Politik, Arbeitswelt, Gesellschaft. Wer in seinem Leben vorankommen wollte, musste sich natürlich mit verändern.

Jede und jeder kann nach 31 Jahren Deutscher Einheit eine eigene persönliche Bilanz ziehen. Mit dem Ende der DDR und mit der endlich gewonnenen Freiheit, sein Denken und Leben selbst bestimmen zu können, gingen so viele neue Chancen einher. Das war und ist die eine, die wunderbare Seite.

Zugleich aber fanden sich nicht wenige, die ihren Weg in der völlig neuen Lebensumwelt zu gehen versuchten, in einer Sackgasse wieder. So manche berufliche Fähigkeit, die früher gefragt war, zählte plötzlich wenig oder gar nicht mehr. Das war die andere

Seite. Auch solche deprimierenden Erfahrungen sind Teil unserer Geschichte. Wir dürfen sie nicht ignorieren oder vergessen, schon allein aus Respekt vor persönlichen Biografien, aber auch deshalb nicht, weil die Gestaltung der Einheit unseres Landes kein abgeschlossener Prozess ist und weil wir darauf achten müssen, dass nicht plötzlich bei manchen, ganz gleich, ob bewusst oder unbewusst, ihre Herkunft gegen sie veranschlagt wird.

Auch hierzu möchte ich Ihnen ein Beispiel aus meinem Leben erzählen. Auch dieses Beispiel erzähle ich nur, weil ich es bezeichnend und damit am Tag der Deutschen Einheit bedenkenswert finde. In einem Ende letzten Jahres in der „Welt am Sonntag“ erschienenen Artikel schrieb ein – im Übrigen von mir sehr geachteter und geschätzter Journalist und Autor – Bezug nehmend auf eine Antwort von mir in einer Pressekonferenz am 15. September 2015, unter anderem: „Und sie tat etwas, was keiner ihrer Amtsvorgänger je getan hatte: Sie distanzierte sich einen Atemzug lang von der Republik, deren zweite Dienerin sie doch war. Sie sagte: Wenn man sich dafür entschuldigen müsse, in der Flüchtlingskrise ein freundliches Gesicht gezeigt zu haben, ‚dann ist das nicht mein Land‘. Da blitzte einen Moment lang durch, dass sie keine geborene, sondern eine angelernte Bundesdeutsche und Europäerin ist.“

Keine geborene, sondern angelernte Bundesdeutsche? Keine geborene, sondern angelernte Europäerin? Gibt es zwei Sorten von Bundesdeutschen und Europäern – das Original und die Angelernten, die ihre Zugehörigkeit jeden Tag aufs Neue beweisen müssen und mit einem Satz wie dem in der Pressekonferenz durch die Prüfung fallen können? Mit einem Satz, mit dem ich in einer Antwort auf eine Reporterfrage unter anderem auf die im September 2015 um die Welt gegangenen Bilder von Bürgerinnen und Bürgern erinnere, die in München und anderen Orten Flüchtlinge mit offenem Herzen und, ja, mit einem freundlichen Gesicht am Bahnhof empfangen hatten? Distanziere ich mich in meiner Antwort tatsächlich von meinem Land? Anders gefragt – denn darum geht es mir heute hier im Kern –: Wer entscheidet, wer die Werte und Interessen unseres Landes versteht und wer das nicht tut beziehungsweise eben nur, um das Wort noch einmal aufzugreifen, in „angelernter“ Weise? Welches Bild von Wiedervereinigung wird darin sichtbar? Hier die einen, die seit jeher Bundesdeutsche sind, dort die anderen, die Hinzugekommenen, die sich durch Übung etwas aneignen müssen – von geborenen und angelernten Europäern gar nicht zu reden?

Was also ist mein Land? – Ein Land, in dem alle miteinander immer neu lernen. Ein Land, in dem wir „gemeinsam Zukunft formen“, wie es das Motto des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit sagt. Ein Land, in dem gerade auch die Erfahrung von Umbrüchen in familiären Biografien, in dem die Anstrengung, aber auch das Glück, das es bedeuten kann, neu anfangen zu müssen oder zu dürfen, als eine Erfahrung anerkannt wird, die uns gemeinsam Zuversicht und Stärke gibt. Ein Land, dessen Erfahrung der Wiedervereinigung uns auch bei der Bewältigung heutiger Transformationsprozesse durch Klimaschutz oder digitalen Fortschritt helfen kann, weil wir mit dieser Erfahrung in besonderer Weise um unsere Verantwortung wissen, dass jeder Mensch Chancen braucht, dass jede und jeder Einzelne sich gehört und zugehörig fühlen können muss.

Es ist ja vor allem dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, aus dem Veränderungsbereitschaft und Solidarität erwachsen. Beides half uns über die Mühen der Wiedervereinigung hinweg. Beides half uns auch große Herausforderungen in den Folgejahren zu bewältigen.

Veränderungsbereitschaft und Solidarität waren auch die entscheidenden Werte bei der existentiellen Herausforderung der Pandemie. Ohne die wechselseitige Fürsorge, ohne die Bereitschaft, sich einzuschränken, um Leben zu schützen, wäre das nicht möglich gewesen. Ich weiß, dass der Preis sehr hoch war. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr 2020, also 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, die Freiheitsrechte einzuschränken, ist mir ungeheuer schwergefallen. Etwas als politische Notwendigkeit zu erachten und zugleich als demokratische Zumutung zu empfinden – das zähle ich zu den schwierigsten Erfahrungen in meiner Amtszeit als Bundeskanzlerin.

Ohnehin ist unserem Land mit der Wiedervereinigung insgesamt mehr Verantwortung erwachsen. Und das liegt nicht allein an der Größe und Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Seit über 30 Jahren leben wir Deutsche und Europäer nicht mehr in der Bipolarität des Kalten Krieges. Europa steht nicht mehr in dem Maße in der weltweiten Aufmerksamkeit wie zu Zeiten des Eisernen Vorhangs, der unseren Kontinent teilte. Für uns Europäer bedeutet das, dass uns mehr Verantwortung zukommt – für unsere eigene Sicherheit, aber auch für die Stabilität in Nachbarregionen. Kriege, Kri-

sen und Konflikte auf dem Balkan, in Afghanistan und Afrika machen es für das wiedervereinte Deutschland unabdingbar, Verantwortung international neu zu definieren und wahrzunehmen.

Das sagt sich so leicht, aber das war und ist in der Sicherheitspolitik auch mit schwierigen, mitunter gefährlichen Einsätzen für unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verbunden. Was sie in Afghanistan nicht nur, aber ganz besonders in den letzten dramatischen Tagen in Kabul ausgehalten und geleistet haben, wird sie sicherlich noch sehr lange prägen. Wir können nur erahnen, was sie alles gesehen und erlebt haben. Sie verdienen unseren höchsten Respekt und Dank.

Ein Europa, das sich seine Freiheit, Sicherheit und seine auf gemeinsamen Werten beruhende Identität bewahren will, kommt nicht daran vorbei, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken.

Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern und Freunden in Europa und der Welt, durch umsichtige Entscheidungen, durch Engagement und sicherlich auch durch etwas Glück haben wir seit der Wiedervereinigung viel erreicht. Auch aus Krisen sind wir gestärkt herausgekommen. Das war nur möglich, weil sich Menschen für das Gemeinwohl verantwortlich fühlten, weil sie für sich und für andere im sozialen oder ökologischen Bereich, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in der Kultur, in den Kirchen, in der Wissenschaft, der Wirtschaft oder in der Politik Verantwortung übernahmen. Die Menschen in der DDR, die sich mutig für Freiheit stark gemacht haben, haben Verantwortung für Freiheit und Demokratie übernommen. Alle, die an der Einheit mitgearbeitet haben, haben Verantwortung übernommen.

Unser Land gilt es natürlich weiter zu gestalten. Wie genau – darüber lässt sich auch künftig trefflich streiten. Aber wir wissen, dass die Antwort darauf in unseren eigenen Händen liegt, dass wir einander zuhören und miteinander sprechen müssen, dass wir Unterschiede, aber vor allem auch Gemeinsames entdecken werden.

In dem kurzen Film, den wir gerade von den Einheitsbotschaftern gesehen haben, hat eine Frau so wunderbar gesagt: „Leute, macht die Türen auf und schaut nach, was dahinter ist.“ Seid bereit zur Begegnung, seid neugierig aufeinander, erzählt einander

eure Geschichten und haltet Unterschiede aus. Das ist die Lehre aus 31 Jahren Deutscher Einheit. Wir brauchen Respekt vor den jeweiligen Biografien und Erfahrungen und auch vor der Demokratie.

Herzlichen Dank.

* * * * *